

Kinderbetreuung weist Defizite auf

Familienbericht Der Kanton Baselland hinkt bei der Finanzierung und der Anzahl der Kinderbetreuungsplätze der übrigen Schweiz hinterher. 2017 standen im Baselbiet für 22 Prozent der Kinder bis 4 Jahre und sogar nur für 7 Prozent der Kinder zwischen 5 und 12 Jahren familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung. Das schreibt die Regierung in einem gestern veröffentlichten Update zum Familienbericht aus dem Jahr 2010.

Zwar sei damit das Angebot seit 2005 um fast das Vierfache angewachsen. Aus dem Update, das von der früheren SP-Landrätin Pia Fankhauser mittels Postulat eingefordert wurde, geht aber hervor, dass in Basel-Stadt für knapp 60 Prozent der Kinder bis 4 Jahre Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch bei der staatlichen Finanzierung der Kinderbetreuungsplätze sieht es in anderen Kantonen viel besser aus: Laut Update müssen die Erziehungsberechtigten im Baselbiet rund 78 Prozent der Betreuungskosten tragen. Im nationalen Durchschnitt bleiben dagegen an den Eltern nur rund 60 Prozent der Kosten für Kinderbetreuungsplätze hängen. (sda/bz)

«Wir können uns nicht damit abfinden»

Niemand bekämpft die neuen Baselbieter Anti-Schwarzarbeitsgesetze so entschieden wie die Binninger Grüne Rahel Bänziger.

Bojan Stula

Seit über fünf Jahren beschäftigt die Affäre um fragwürdige Schwarzarbeitskontrollen das Baselbiet. Vor einem Schiedsgericht ist noch immer eine Rückzahlungsforderung der Baselbieter Regierung über 380 000 Franken hängig (bz berichtete regelmässig). An der heutigen Landratssitzung ist eine grosse Mehrheit des Parlaments fest entschlossen, mit der zweiten Lesung und der Schlussabstimmung über die Revision der Anti-Schwarzarbeitsgesetze zumindest den gesetzgeberischen Schlussstrich unter die sogenannte «ZAK»-Affäre zu ziehen. Doch dem stellt sich die Binninger Grünen-Landrätin Rahel Bänziger vehement entgegen.

Was wird heute an der heutigen Landratssitzung mit den beiden Anti-Schwarzarbeitsgesetzen passieren?

Wir werden wieder die beiden gleichen Änderungsanträge stellen wie in der ersten Lesung vor den Herbstferien; nämlich den Antrag auf Streichung der Absätze 4 und 5 beim Paragraphen 9 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und beim Paragraphen 17 im Gesetz zu den Flankierenden Massnahmen.

Beide Änderungsanträge sind in der ersten Lesung von allen anderen Fraktionen fast einstimmig verworfen worden. Wieso stellen Sie jetzt nochmals dieselben Änderungsanträge?

Wir haben unsere Meinung diesbezüglich nicht geändert und sind nach wie vor davon überzeugt, dass sich die Höhe der Entschädigung für die Schwarzarbeitskontrollen nicht nach der Einschätzung der Tripartiten Kommission richten soll, in der die für die Kontrollen zuständigen Sozialpartner dominierend sind. Genau das passiert aber ohne Streichung dieser Absätze. Ein Leistungsempfänger sollte niemals direkten Einfluss auf die Höhe der Entschädigung haben, die er später erhält.

Das kann Ihnen und Ihrer Fraktion als Zwängerei vorgeworfen werden.

Wir wollen zwei gute Gesetze erreichen, jeweils ohne diese

beiden Absätze, die von den Sozialpartnern in der Kommissionsberatung im letzten Moment eingebracht und durchgedrückt worden sind – das war Zwängerei. Unsere erneuten Anträge haben nichts mit Zwängerei, sondern mit einer konsequenten Haltung unserer Fraktion zu tun. Wir können und wollen uns nicht mit all diesen Ränkespielen abfinden, die während der Kommissionsberatung stattgefunden haben.

Eine klare Mehrheit im Landrat sieht das anders.

Was die anderen Fraktionen zu vergessen scheinen: Verabschieden wir die beiden Gesetze in der vorliegenden Form, dann schaffen wir ein gefährliches Präjudiz für die Zukunft. Dann werden bei allen künftigen Gesetzgebungsprozessen Leistungsempfänger ebenso stark mitreden wollen, wenn es um die Ausgestaltung ihrer Leistungsvereinbarungen und die Höhe ihrer Abgeltungsbeträge geht – sofern sie natürlich über den Einfluss und die mächtige Lobby einer Wirtschaftskammer oder der Gewerkschaften verfügen.

Das klingt nach einem hehren Ziel. Von den anderen Fraktionen ist Ihnen aber vorgeworfen worden, Ihr Widerstand sei einzig ein grünes Ablenkungsmanöver von der «Amigo-Affäre» bei der Velohochbahn.

Das ist absolut an den Haaren herbeigezogen. Wer mich kennt, weiss, dass ich ausschliesslich Sach- und keine Ablenkungspolitik betreibe. Ich war schon in den Kommissionsberatungen gegen diese Passagen, als die «Amigo-Affäre» noch kein Thema war. Das einzige Ablenkungsmanöver, das jetzt stattfindet, ist dasjenige der übrigen Fraktionen, indem sie solche Behauptungen aufstellen. Das tun sie nur deshalb, weil sie sich nicht eingestehen wollen, dass die Gesetzesvorlage durch die in letzter Sekunde eingebrachten Zusatzbedingungen der Sozialpartner total verpfuscht wurde.

Zwischen den beiden Landratssitzungen liefen die Drähte heiss. Wieso hat nach der ersten Lesung Klaus



«Ein grottenschlechtes, verkorkstes Gesetz»: Rahel Bänziger will nicht nachgeben. Bild: Nicole Nars Zimmer

Zweite Lesung der Anti-Schwarzarbeitsgesetze: Showdown heute im Landrat

Mit den beiden neu formulierten Gesetzen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und den dazu notwendigen Flankierenden Massnahmen (Flamag) möchte die Baselbieter Politik die Schwarzarbeitskontrollen im Baunebengewerbe auf eine bessere gesetzliche Grundlage stellen. Obschon die vorberatende Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) eine während 15 Monaten mühsam ausgehandelte Kompromissfassung mit 10 zu 1 Stimmen bei 1

Kirchmayr und nicht Sie mit den anderen Fraktionen über alternative Kompromisslösungen verhandelt? Es ging das Gerücht um, Ihnen sei parteiintern das Dossier entzogen worden.

Es war SVP-Fraktionschef Peter Riebli, der auf Klaus zugegangen ist und ihm signalisierte, dass die SVP über einen Kompromiss verhandeln möchte. Es war auch die SVP, die die Rückkehr zum von der Regierung geschaffenen Kann-Paragraphen vorschlug, was die Auslagerung der Kontrollen an Dritte angeht. Das geschah auf Stufe Fraktionspräsidien, darum war die-

Enthaltung absegnete, erntete die Vorlage in der ersten Lesung im Landrat kurz vor den Herbstferien massive Kritik. Insbesondere die Grüne/EVP-Fraktion fühlte sich von der Einflussnahme der Gewerkschaft Unia und der Baselbieter Wirtschaftskammer (Wika) auf den Kompromiss regelrecht «erpresst». Rahel Bänzigers Änderungsanträge, welche die Beschneidung des Einflusses von Unia und Wika auf die Kontrollumsetzung zum Ziel hatten, wurden von den anderen

ses Vorgehen völlig legitim. Die Grünen haben Interesse an einem guten Gesetz, also haben wir uns auf die Gespräche eingelassen. Klaus hat sich vor, während und nach den Verhandlungen immer mit mir abgesprachen. Mir wurde das Dossier nie entzogen. Dass solche Gerüchte herumgehen, gehört für mich auch zu den besagten Ablenkungsmanövern.

Aber diese Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt.

Indem wir zugehört haben, haben wir unsere Kompromissbereitschaft gezeigt. Aber von der

Fraktionen klar abgelehnt. An der heutigen Landratssitzung wird es darum in der Schlussabstimmung wohl um die unveränderte Kommissionsfassung der beiden Gesetzesvorlagen gehen. Bei vollständiger Präsenz würde die Anzahl Nein-Stimmen der opponierenden Grüne/EVP-Fraktion jedoch genau das Verpassen des Vierfünftel-Mehrs und somit eine Volksabstimmung bedeuten – ein Szenario, das alle anderen Parteien unbedingt verhindern wollen. (bos)

Gegenseite ist keinerlei Annäherung erkennbar. Darüber sind wir immer noch sehr erstaunt, denn mit der von uns verlangten Streichung würden wir dem sehr nahe kommen, was SP und SVP ursprünglich in ihren Vernehmlassungsantworten verlangten.

Der vorgeschlagene Rückgriff auf die Kann-Formulierung wäre doch ganz in Ihrem Sinne gewesen.

Ja, das hätte uns gut gefallen, aber wir würden deswegen nicht auf die Streichung der von uns kritisierten Absätze zur Stellung der Tripartiten Kommission verzichten. Letztlich haben die Ge-

sprache der letzten Tage bloss aufgezeigt, dass die anderen Fraktionen kein Interesse an einem guten Gesetz haben. Oder sie vertreten einfach die Position der Sozialpartner.

Die heutige Landratssitzung wird so ablaufen: Ihre Änderungsanträge werden nochmals deutlich abgelehnt, dann wird es bei der Schlussabstimmung über die unveränderte Kommissionsfassung ein haarscharfes Ja-Ergebnis im Bereich des Vierfünftel-Mehrs geben. Einverstanden?

Ich bin keine Hellseherin. Der Ausgang der Schlussabstimmung im Landrat ist offen.

Die übrigen Fraktionen wollen unbedingt ein Vierfünftel-Mehr erreichen, um die Kommissionsfassung ohne Volksabstimmung durchzubringen. Falls Grüne/EVP mit Ihrer «Sperminorität» tatsächlich Erfolg haben: Welche Vorteile versprechen Sie sich von einer Volksabstimmung?

Die Absicht unserer Ablehnung ist nicht, eine Volksabstimmung herbeizuführen, sondern ein schlechtes Gesetz zu verhindern; ganz egal, welche Konsequenzen das hat. Wir bleiben uns treu: Wir winken nichts durch, was wir für falsch halten. Die vorliegende Kommissionsfassung ist eindeutig ein grottenschlechtes, verkorkstes Gesetz.

Andere finden, mit einer Volksabstimmung können die Grünen nur verlieren: Entweder, weil das Volk Ja sagt, oder weil bei einer Ablehnung auf Jahre hinaus das untaugliche alte Gesetz in Kraft bleibt.

Interessant ist, dass sich die anderen Fraktionen mehr Sorgen über das Image der Grünen machen, als für ein gutes Gesetz einzustehen. Doch ganz gleichgültig, ob es zu einer Volksabstimmung kommt und wie diese ausgeht: Das alte Gesetz wird ohnehin nicht lange in Kraft bleiben können, da es dem Staatsbeitragsgesetz widerspricht. Der Schaden würde sich demnach ziemlich in Grenzen halten.

Kanton erhöht seine Beiträge

Forschungszentrum in Muttenz erhält wieder mehr Geld.

CSEM Die Baselbieter Regierung will das Regionalzentrum Muttenz des Centre Suisse d'Électrotechnique et Microtechnique (CSEM) für die Jahre 2023 bis 2026 mit 12 Millionen Franken unterstützen. Damit will sie die Kantonsbeiträge, die 2019 gekürzt worden waren, wieder aufs ursprüngliche Niveau anheben. Kernmission des CSEM mit Hauptsitz in Neuenburg sei es, Hochtechnologien für die Industrie durch Technologietransfer nutzbar zu ma-

chen, heisst es in der eben publizierten Vorlage an den Landrat.

Für die Leistungsperiode 2019 bis 2022 kürzte der Kanton die Beiträge im Zuge der Sanierung der Kantonsfinanzen um eine Million pro Jahr. Das Regionalzentrum habe als Folge Personal abbauen müssen. Um den Unternehmern Technologiekompetenzen bereitzustellen und hoch qualifizierte Fachkräfte in der Region zu fördern, beantragt die Regierung nun eine Erhöhung der Beiträge. (sda)

Mit Härtefall-Millionen gegen Beizen-Ruin

Neue Coronahilfe Noch kämpfen unzählige Baselbieter KMU mit den wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns im Frühling. Die nun verfügbaren Massnahmen aufgrund rasant steigender Coronazahlen könnten nun viele in den Ruin treiben. Betroffen ist vor allem, aber nicht nur, die Gastro- und Eventbranche. «Diese KMU benötigen rasch und unkompliziert Hilfe, sonst gibt es viele von ihnen im Frühling nicht mehr», sagt CVP-Landrat Marc Scherrer. Er und Christine Frey (FDP) fordern Hilfen an KMU, die von

den Einschränkungen besonders betroffen waren und sind. Der Kanton soll dafür im Budget 2021 einen Betrag von 10 Millionen Franken einstellen. Den Vorstoss reichen die beiden heute Donnerstag im Landrat ein.

Nur KMU unterstützen, die langfristig lebensfähig sind

Baselland hat als einer der einzigen Kantone im Frühling ein umfassendes Soforthilfe-Paket geschnürt. Davon profitierten alle KMU, die beim Bund für Kurzarbeit gemeldet waren. Die

nun geforderten Härtefallbeiträge sollen spezifisch besonders betroffenen Unternehmen zugutekommen: Laut FDP-Landrätin Frey müssten diese etwa nachweisen, dass sie 2020 einen harten Ertragsrückgang erlitten haben; denkbar wäre ein Mindestverlust von 60 Prozent. Ebenfalls müssten die Betriebe darlegen, dass sie in den Vorjahren gut gewirtschaftet haben. Es sollen also nur jene Betriebe unterstützt werden, die langfristig überlebensfähig sind. «Der Kanton kann und soll sich das leis-

ten. Das ist Werterhalt und somit gut investiertes Geld», sagt Frey. Sie und Scherrer verstehen die Idee zudem als Alternative zur Geschäftsmietenlösung, von der nur wenige KMU profitierten. Über Kantonsbeiträge an Mietvereinbarungen stimmt das Baselbieter Volk am 29. November ab. Dennoch wird der geistige Vater des Geschäftsmieten-Modells, SP-Chef Adil Koller, die Idee der bürgerlichen Kollegen unterstützen, wie er bestätigt.

Hans-Martin Jermann